

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Reich. Dreifacher, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Vollenhagen, Leipzig. — Vert. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königsr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern vierteljährlich 2,70 M., ohne Befehlgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Injektionsgebühren: Die Tageskolonien 20 Pfennig, Anzeigen v. auswärts 25 Pfennig, im Restamtteil 30 Pfennig. Berlin u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27, Fernr. 5.407. — Zeitungsprestitelle Seite 41.

Nr. 273.

Halle, Montag den 25. November 1918.

2. Jahrgang.

Die Nationalversammlung eine Lebensnotwendigkeit.

Auf das von uns bereits mitgeteilte Telegramm des heftigen Staatsministers Ulrich hat der Volksbeauftragte Ebert im Namen der Reichsregierung folgende Antwort erteilt: Durch ihre Einladung der Einzelstaaten zu einer Konferenz in Berlin hat die Reichsregierung um Ausdruck gebracht, daß sie weit entfernt ist, die Einzelstaaten auszuscheiden, vielmehr auf engste Zusammenarbeit mit ihnen an der Wiederaufrichtung des Reiches Wert legt. Sie sieht in der Nationalversammlung ebenfalls das vornehmste Mittel zur Erreichung dieses Zieles. Sie tritt nicht nach der Diktatur einer Stadt oder eines Bundesstaates, sondern nach der solidarischen Demokratie eines einheitlichen Deutschlands.

Gegen einen Vertreter der Welscherung erklärte Ebert über die Einberufung der Nationalversammlung: In unserer ersten programmatischen Erklärung vom 12. November hat sich die Regierung für die Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung erklärt. Ich kann Ihnen nur erklären, daß wir an dieser Erklärung auch heute noch entschlossen festhalten. Es sind mir gerade in den letzten Tagen von Arbeiter- und Soldatenräten aus dem ganzen Reich und aus dem besetzten Gebiete, von Gewerkschaften und Parteiorganisationen Kundgebungen in großer Zahl zugegangen, die sich alle entschieden gegen eine Diktatur und für die Einberufung der Nationalversammlung aussprechen. Die Vorbedingungen für die Nationalversammlung sind von der Regierung bereits in die Wege geleitet. Die Regierung ist nach wie vor der Meinung, daß die Nationalversammlung sobald wie möglich einberufen werden soll, um die staatsrechtlichen Grundlagen für die soziale Republik zu schaffen. Für meine Partei handelt es sich hier um eine grundsätzliche Frage, an der wir unter allen Umständen unerschütterlich festhalten werden. Ich bin fest überzeugt, für Deutschland ist die gelegende Verammlung eine Lebensnotwendigkeit.

Nach dem Vorworts haben sich für die Nationalversammlung der Soldatenrat in Frankfurt a. M. in einer Vollversammlung, der Königsberger Soldatenrat in einem Aufruf, der Soldatenrat der 4. Armee in einem Telegramm an Ebert, die Arbeiter- und Soldatenräte von Baden in einer Landesversammlung ausgesprochen. Eine Vollversammlung aller Soldatenräte von Hamburg und Lita n fordert zur Unterstützung der Volksbeauftragten auf.

Die Dringlichkeit der endlichen Ausarbeitung der Wahlen zur Nationalversammlung zeigen auch folgende Meldungen:

Der heftigste Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat hat beschlossen, nachstehenden Punktprogramm an alle süddeutschen und gleichgesinnten norddeutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu senden: Der heftigste Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat verlangt im Einverständnis mit

der heftigsten Regierung von der Reichsregierung die umgehende Einberufung einer Nationalversammlung, die allein eine wirkliche Vertretung des deutschen Volkes darstellt. Er lehnt die Diktatur irgendwelcher Klassen ab. Der heftigste Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat wittert die süddeutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte und die norddeutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, die gleicher Meinung sind, gemeinsam mit dem heftigsten Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat, von der Reichsregierung Cliches zu verlangen. Der heftigste Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat ist der Ansicht, daß im Falle, daß die Reichsregierung die Nationalversammlung nicht beschleunigen kann und eine Diktatur in Berlin aufkommen sollte, die süddeutschen und die gleichgesinnten norddeutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte gemeinsam mit einer Regierung die Einberufung einer Nationalversammlung in einer süddeutschen Stadt voranzutreiben sollen.

Der Reichsminister des Innern schreibt: Die englischen Maßnahmen in der Ostsee bedeuten, daß Deutschland umschließende Blockaden jetzt völlig zugezogen wird. Deutschland wird vor der Festigung seiner Regierungsform nicht nur keinen Frieden, sondern bei überhandnehmendem Volkswutismus auch keine Lebensmittel erhalten. Die Entente müßte Sicherheit darüber, daß die Lebensmittel nicht im Chaos verloren gehen, sondern ordnungsgemäß verteilt werden.

Maasbohe schreibt: Die Schärfe der Waffenhilfsbedingungen kann eine Reaktion verursachen. Eine unangenehme Entwicklung der Reichsangelegenheiten ist noch immer zu befürchten. Die Unabhängigen haben durch die Behinderung der Einberufung der Nationalversammlung eine große Verantwortung auf sich.

Ein Leitartikel des Vorwärts aus Köln macht auf den drohenden Abfall der Rheinlande in ersten Worten aufmerksam. Die Träger der Lösungsbestrebung sind in allen Schichten des rheinischen Bürgertums zu finden, namentlich jedoch in den liberalen Kreisen, in denen die traditionelle Abneigung gegen das Preussentum am härtesten wurzelt. Genährt wurde die Bewegung durch die Vorgänge in Berlin. Man wartet mit brennender Ungeduld auf die Veröffentlichung des Zeitpunkt der Wahl zur Konstituante. Der von jeder auch in seinen bürgerlichen Teilen mit einem Tropfen demokratischem Gutes gefüllte Rheinländer vertritt noch viel weniger als der typische Nord- und Mitteldeutsche den jetzigen Diktatur-Zustand. Man ist bestrebt, das Industriegebiet vollständig in einen neu zu gründenden Staat einzugliedern. Schon haben bekannte Wirtschaftspolitiker durchaus günstige Berechnungen über die ökonomische Lebensfähigkeit der neuen Republik aufgestellt. Die Sozialdemokratie lehnt den ganzen Plan selbstverständlich entschieden ab, weil er ihr damit nicht beistimmt und die für ihn wirkenden Kräfte nicht außerordentlich stark und erhalten durch die Berliner Vorgänge fortgesetzt neuen Zuwachs.

Schmähliche Niederlage der Unabhängigen.

In Dresden haben gestern, wie unsere Leser bereits wissen, die Deputierten zum Arbeiter- und Groß-Dresdener Rat gefunden. Wahlberechtigt waren alle männlichen und weiblichen Arbeiter, Angestellten, Beamten usw. vom 20. Lebensjahre an, deren Einkommen 5000 M. nicht übersteigt. Daß diese Wahl mit einem glatten Siege der sozialdemokratischen Liste enden werde, war vorauszusagen. Daß indes das Wahlergebnis zu einer geradezu katastrophalen Niederlage für die Unabhängigen führen werde, hätte doch niemand erwartet. Die genauen Wahlfähigen liegen noch nicht vor. Es werden aber für die sozialdemokratische Liste etwa 90 000, für die unabhängige dagegen 6000 Stimmen gezählt worden sein. Das ist etwa der fünfte Teil der abgegebenen Stimmen, so daß von der sozialdemokratischen Liste etwa 47, von der unabhängigen dagegen drei Kandidaten als gewählt zu betrachten sind.

Bei den bisherigen Reichstagswahlen, die doch als ein ungefahr Gradmesser für die Stimmung unter der Arbeiterschaft und für das Verhältnis zwischen den beiden sozialistischen Richtungen gelten konnten, haben es die Unabhängigen überall nur zu unbeträchtlichen Windersteinen gebracht. Dafür entschädigen sie sich immer mit dem Hinweis, daß die Massen nach dem Siege ihr Urteil fällen und sich für die Politik der Unabhängigen entscheiden würden. Seine haben nur die Wahlen Gelegenheit, ihre unabhängigen Bestimmungskräfte zu verheeren. Die Wahlen zum Arbeiter- und Groß-Dresdener Rat aber zeigen, daß der Abhang der Unabhängigen noch weit geringer ist, als nach dem Ergebnis der verschiedenen Reichstagswahlen angenommen werden mußte. Allerdings haben bei diesen Wahlen nicht nur Arbeiter, sondern auch

Angestellte und Beamte, die bisher bei politischen Wahlen zumeist bürgerlich gewählt haben, von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht und so nur sozialdemokratische Listen zur Wahl standen, sich für die sozialdemokratische Liste entschieden. Inzwischen die Zahl dieser Wähler wird nicht so groß sein, und schließlich ändert dies auch nichts an der Tatsache, daß für die Unabhängigen eine so blamable niedrige Stimmenzahl gemustert worden ist. Die Unabhängigen werden heute natürlich gegen dieses Wahlergebnis einwenden, daß sie in Dresden keine Presse haben. Doch dieser Einwand ist nicht stichhaltig, da in den Fabriken mit Flugblättern hinreichend gearbeitet worden ist, im übrigen aber die Politik der letzten Tage jehermann Gelegenheiten gegeben hat, sich ein Urteil über die beiden Richtungen zu bilden.

Nach diesem Ausfall der Dresdener Wahl läßt sich aber die Abneigung der Unabhängigen gegen die Nationalversammlung begründen. Die Unabhängigen wissen nicht besser als die Tatsache, daß sie mit ihrem Anhang nur eine verschwindende Minderheit in der Bevölkerung bilden und daß ihre politischen Tiroden nur dort auf scheinbare Zustimmung rechnen können, wo sie, wie in Leipzig, durch den Terror herrschen. Wenn es einmal in Leipzig zu allgemeinen Wahlen kommt — sei es zu der Nationalversammlung oder zu dem Reichstagswahlen —, dann werden auch in Leipzig die Terroristen ihr blaues Wunder erleben. Deshalb eifert sie auch wie die Verlierer gegen die Demokratie und reden sie der russischen Methode des Volkswutismus das Wort. Aber die Nationalversammlung wird dennoch kommen und durch die Demokratie das Fundament bauen für die sozialistisch organisierte Weltanschauung.

Die Kommunalverwaltung in Preußen.

(Amstsch.) Die preussische Regierung hat am 18. November folgenden Beschlüssen und Erlassungen zu Gemeindeverwaltungen, 5. Stadterordneten-Verwaltungen (Bürgermeister-Kollegien), Kreisverwaltungen (Amtsverwaltungen), Provinzialämtern und Verwaltungen der Zweibrücken finden bis zu der bevorstehenden gesetzlichen Regelung des kommunalen Wahlrechts nicht statt. Die Wahlzeit für diejenigen Vertreter, für die eine Ergänzungsmaßnahme nötig gewesen wäre, wird bis zu der nach der neuen gesetzlichen Regelung erfolgten Wahl verlängert. Dr. Breilsgeld, Hirsch.

Korpsbefehl

Verordnung über militärische Dienstleistungen.

- Berlin, 18. November 1918. (Amstsch.)
1. Mannschaften, die bauernd Arbeitsdienst leisten, sind zu entlassen. Werden sie weiter beschäftigt, hat ihre freie Zivilarbeit und als solche zu behandeln.
 2. Mannschaften, die vorübergehend zu Arbeitsleistungen, die sonst Zivilarbeit verrichten, herangezogen werden, erhalten für jede Arbeitswoche 50 Pf. Zulage.
 3. Mannschaften, die sich freiwillig zu besonderen Sicherheitsdiensten ihres Entlassungsorgans mit zugehöriger Arbeitsleistung verpflichten, können für diesen Dienst angenommen und kommandiert werden. Sie erhalten eine monatliche Löhnung von 30 M. und eine tägliche Zulage von 5 Mark als Führer und 3 Mark als Mann.
 4. Die Mannschaften befehlen, solange sie mobil sind, mobile Löhnung, soweit sie immobil sind, immobile Löhnung, jedoch Geleit und Mannschaften monatlich 30 Mark.

Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Janetzki, Dittmann, Seidelmann, Landsberg, Barth. Der Vollzugsrat des Ausschusses des A. u. S.-Rats: Moltenbush, Richard Müller.

Berlin, 22. November. Laut Mitteilung des Beauftragten des Vollzugsrates für Kriegsgefangenenangelegenheiten beim Reichsministerium, Schöningh, muß in bezug auf die Verhaftung vom 21. November über die Kriegsgefangenen der vorletzte Absatz folgendermaßen lauten: Auf die Bewandung der Kriegsgefangenen kann nicht verzichtet werden. Die Wachmannschaften erhalten gemäß Erlass des Reichsministeriums vom 19. November nicht, wie irrtümlich berichtet, vom 9. November, eine tägliche Lohnzulage von vier Mark. Alle Arbeiter- und Soldatenräte haben die untergeordnete Pflicht, die Bewandung der Kriegsgefangenen aufrechtzuerhalten.

Der Beauftragte des Vollzugsrates des A. u. S.-Rats. (ges.) Schöningh.

(Amstsch.) Der Vollzugsrat des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats wird, soweit es sich um die Erklärung der ihm profferiert ist das ganze Gebiet der Republik zugehörigen Gefängnisse handelt, durch Mitglieder aus dem Reich ergäntzt, die von der Vertretung der Arbeiter- und Soldatenräte der acht preussischen Bundesstaaten zu wählen sind. Die näheren Bestimmungen über die Wahl dieser Delegierten und deren Vertretung auf die Einzelstaaten sind der anderen Delegierten-Konferenz der Bundesstaaten zu übermitteln. Der Vollzugsrat des A. u. S.-Rats Groß-Berlin, ge. Richard Müller, Moltenbush.

Die Reichseinheit in Gefahr!

Die Regierung der Volksbeauftragten in Berlin hat die deutschen Freikämpfer für diesen Montag zu einer Versammlung der politischen Lage nach Berlin zusammengerufen. Diese Konferenz ist unbedingt notwendig, denn es geht nicht mehr oder nicht weniger auf dem Spiele, als der Verfall des Deutschen Reiches. Es ist klugster Ernst, daß das von der Entente an alten Eiden und Ehren amputierte Deutsche Reich, von dessen Volksmensch mit Deutsch-Deutscher kein ein rein nationales Groß-Deutschland erhoffen dürfte, in einen deutschen Trümmerhaufen verwandelt werden wird, wenn es nicht gelingt, die Gegenläufe, die in der Frage der Nationalversammlung bestehen, zu beirigen. Im Grunde genommen ist es nur eine Winderheit, die unbedingt gegen eine Nationalversammlung ist und die Diktatur des Proletariats zur Durchführung des Sozialismus vorzuziehen will. Und diese Winderheit hat ihren Sitz in Berlin, von wo aus das Reich im Sinne dieser Winderheit terrorisiert werden soll. Es richtig es ist, daß Paris Frankreich ist, so wenig trifft es zu, daß der Willkür der Berliner, und noch dazu einer Winderheit der deutschen Nation und der deutschen Einzelnen wäre. Und es lohnt sich denn aus dem ganzen Reich befehliger Widerstand gegen den Plan, die Nationalversammlung durch eine Zentralisation der Arbeiter- und Soldatenräte, durch eine Organisation der Diktatur des Proletariats zu erzeugen. Schon in den Tagen der Regierung des Prinzen Max brangen Gerüchte aus Bayern zu uns, daß dort eine ernste Bewegung im Gange

